

# Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Remberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Er erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Bezüge: Landmanns Sonntagblatt 1,25 M., durch Posten ins Haus gebracht in Remberg 1,45 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streif usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise Postzeitung oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise Zeitungsseite 40 Pfg., Ausnahmungsgebühren 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Weitergabe und zeitlich geschiebener oder durch Fernsprecher ausgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— Mfr. das Laubend, zusätzlich Postgebühren. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Remberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 113

Donnerstag, den 24. September 1931

33. Jahrg.

## Vor der neuen Reichsnotverordnung.

Die Beratungen über die Probleme der neuen Notverordnung sind so weit gediehen, daß die Schlußentscheidung der Reichsregierung in einer großen Kabinettsitzung noch im Laufe dieser Woche oder spätestens nach dem Besuch der französischen Gäste in der nächsten Woche stattfinden wird. Die Reichsregierung hat jetzt bereits Erfahrung in der Beratung von Notverordnungen, und innerhalb der Reichspräsidenten sind die einzelnen Probleme so weit gelöst worden, daß in Chefbesprechungen an die Beratungen die letzte Hand gelegt werden konnte, bis in der Schlußentscheidung die Notverordnung vom Gesamtkabinettsrat erledigt werden und dann dem Reichspräsidenten als Entwurf zur Entscheidung zugehen.

Die neue Notverordnung wird voraussichtlich sechs Monaten regeln, und zwar handelt es sich um die schon angelegentlich Einbringung der Landesregierung. Da hier im Reichsjustizministerium bereits Vorarbeiten aus früheren Jahren vorliegen, wird die formelle Gestaltung dieser Notverordnung wenig Zeit beanspruchen. Die Aufsichtsbekanntmachungen haben bisher noch gewissen Widerstand gefunden. Es muß damit gerechnet werden, daß einzelne Fragen, deren Regelung zwar von den Ländern aus finanziellen Gründen gewünscht wird, aus prinzipiellen Gründen aber von der Reichsregierung eine Zustimmung nicht finden werden.

Das Reichsarbeitministerium ist vor allem mit der Frage der Zusammenfassung der Arbeitsämter mit der Wohlfahrtsvereinsverwaltung befaßt. Weiterhin sind vom Reichsarbeitministerium Ergänzungen zum Dietrichsplan in Siedlungsplan in Vorschlag gebracht worden, über die auch noch endgültig entschieden werden muß.

Die Grundlinien der neuen Notverordnung im Hinblick auf die Beamten sind bereits durch die preussische Notverordnung bekannt geworden. Bleibt als letztes die Frage der Hausinspektoren, die im Kabinettsrat überaus lebhaften Meinungsäusserungen herbeigeführt hat. Für diese Frage hat sich auch Reichsanwalt Dr. Brüning besonders interessiert, und es sind außerdem die einzelnen Interessengruppen gehört worden.

Es liegt in der Natur der Sache, daß hier die Meinungen weit auseinandergehen. Ein Beispiel dafür ist die Stellungnahme des preussischen Handelsministers Dr. Schreiber, der aus wirtschaftspolitischen Gründen einen radikalen Ausbau der Hausinspektoren vorgezogen hat, während der preussische Wohlfahrtsminister Hirtfelder, der die Baumwirtschaft in Preußen betreut, im Interesse dieser öffentlichen Baumwirtschaft einen anderen Standpunkt eingenommen hat. Wenn in der Defensivität der Eindrücke entstanden ist, als ob daraus eine Krise im preussischen Kabinettsrat entstehen könnte, so ist das völlig unrichtig, denn die Angelegenheit wird in nicht von der preussischen Regierung, sondern von der Reichsregierung entschieden.

## Notverordnungen der Länder.

Wie Sachjen waren ... Dresden, 23. September. Der sächsische Ministerpräsident erklärte vor der Presse die neue sächsische Notverordnung und sagte u. a., die Regierung habe sich entschlossen, für dieselbe Zeit, für die die Beamtengehälter weiter geführt werden, die Schlachtfesteuer um 20 v. H. und die Stempelsteuer um 20 v. H. zu erhöhen und für die Gerichts- und Verwaltungsstellen einen Zuschlag von 15 v. H. vorzuschreiben. Die Hochschulgebühren würden herabgesetzt. Aber mit größten Bedenken hat sich die Regierung entschlossen, das Schulgeld für die höheren Schulen von 180 Mark auf 240 Mark zu erhöhen und für das neunste und zehnte Schuljahr der höheren Abteilungen der Volksschulen sowie der Volkshäuser der Berufsklassen ein Schulgeld von 60 Mark einzuführen. Auch für die Hochschulen des Landes seien empfindliche Einschränkungen getroffen worden.

Die Gehälter der akademisch gebildeten Lehrer hätten ebenfalls herabgesetzt werden müssen. Bei der höheren Beamtenbesoldung wurde eine allgemeine Befreiung der Gehaltsaufschlagung vorgenommen. In der Gemeindebeamtenbesoldung wurde im allgemeinen die Gleichstellung mit den vergleichbaren Staatsbeamten aufrecht erhalten. Bei der allgemeinen Gehaltsbesetzung in Höhe von 5 v. H. ist durch eine Freizeigrenze von 1500 RM Vorbeuge getroffen, daß sich bei den unteren Beamtengruppen die Kürzung nur unbedeutend auswirkt.

Das Ergebnis der besoldungspolitischen Maßnahmen sei ein Einsparnis von rund 5 Millionen RM. Durch sonstige Maßnahmen würden 2 Millionen RM wieder abgepart. Eine weitere Einsparnis von 2 Millionen RM werde sich ergeben, wenn das Reich eine Verringerung der Pensionskatale mit Wirkung auch für die Länder vornehme.

In Gemeinden bis zu 4000 Einwohnern sollen die Geschäfte der unteren Staatsverwaltungsbeamten den Amtshauptmannschaften übertragen werden, und zwar von dem Zeitpunkt ab, wo der im Amt befindliche Bürgermeister sein Amt angete. Den Gemeinden unter 1500 Einwohnern solle nur noch in Ausnahmefällen ein berufsmäßiger Bürgermeister vorkommen.

## Reichstagszusammenkunft 13. Oktober.

Außen- und innenpolitische Debatte.

Zwischen Reichsanwalt Brüning und Präsident Ebert wurde vereinbart, daß der Reichstag zu dem von ihm selbst bestimmten Termin, nämlich am 13. Oktober, zusammentritt, um zunächst eine Erklärung der Reichsregierung entgegenzunehmen. Ziel der Beratung dieser Regierungserklärung werden sämtliche Anträge und Interpellationen verbunden die von den Parteien zur Politik der Reichsregierung eingebracht worden sind oder eingebracht werden. Man darf also mit einer umfangreichen außen- und innenpolitischen Debatte rechnen.

Zusätzlich müssen vor Weihnachten vom Reichstag noch einige dringliche Vorlagen erledigt werden. Die weitere Entwicklung hängt von der Stellungnahme der Parteien ab und zwar daher noch nicht Gegenstand der Betrachtungen zwischen dem Reichsanwalt und dem Reichspräsidenten. Man rechnet damit, daß die Verfertigung des Reichstages etwa sechs Wochen in Anspruch nimmt. Da würde eine Weihnachtspause folgen, während der die Ausschüsse arbeiten können. Im neuen Jahre müßte der Reichstag sich wieder versammeln, um den Etat zu beraten.

## Minister-Appeal an die Hausfrau.

Rundfunkrede des Reichsernährungsministers Schiele.

Reichsernährungsminister Schiele sprach im Rundfunk über die ernährungspolitische Aufgabe der deutschen Hausfrau und führte dabei aus, die Sicherheit der Ernährung des Volkes hänge nur mit einer gewissen, rentablen, aber denkbaren Landwirtschaft erreicht werden. Die diesjährige Ernte reiche aus, um das Volk bis zur neuen Ernte ausreichend zu versorgen. Nach den neuesten Schätzungen hätten wir 11,2 Millionen Tonnen Brotgetreide, d. h. Weizen und Roggen, geremelt, während der Bedarf an Brotform einschließlich Saugetreide etwa 10,6 Millionen Tonnen betrage. Insgesamt werde

die diesjährige Getreideernte mit 20,8 Millionen Tonnen um 700 000 Tonnen größer geblieben als im Vorjahre. Nur dem Getreide der Viehhofproduktion würden wir sogar vor der Zuteilung, das der Schweinebestand um etwa drei Millionen Stück zu groß sei.

Obwohl also die Landwirtschaft in der Lage sei, den deutschen Bedarf in befriedigender Weise zu decken, habe die Einfuhr an Agrarprodukten im vergangenen Jahre noch 2 1/2 Milliarden Mark betragen. Diese Tatsache sei gleichzeitiger mit Arbeitslosigkeit deutscher Arbeit, denn bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen entfielen etwa 40 bis 50 Prozent des Wertes auf Export.

Die Aufgabe der Hausfrau sei: Rücksichtnahme auf die Handelsbilanz beim Einkauf und Einkauf an der billigsten Stelle.

## Der Arbeitsmarkt im Reich.

Gleichmäßiges Steigen der Zahl der Arbeitslosen.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1. bis 15. September 1931 hat sich die Lage des Arbeitsmarktes im Reich in der ersten Hälfte des September und Gehälts in der gleichen Weise weiter entwickelt, wie in der vorhergehenden Periode. Während in der Zeit zwischen dem 1. und 31. August die Zahl der Arbeitslosen nach den endgültigen Meldungen der Arbeitsämter um rund 111 000 zugenommen hatte, stieg sie bis zum letzten Stichtag, dem 15. September, um rund 109 000 und erreichte damit einen Stand von rund 4 324 000. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ist nach den vorläufigen Schätzungen der Arbeitsämter in den Arbeitslosenunterstützungen um rund 1 324 000, in der Arbeitsförderungsart um rund 1 122 000 gestiegen.

## Auch die Reichspost klagt.

Geschäftsbericht für 1930.

Berlin, 23. September. Durch das zusätzliche Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichspost konnten bis Ende März 1931 rund 22 200 Arbeitskräfte neu eingestellt und rund 41 600 Arbeitskräfte weiterbeschäftigt werden.

Während der Gesamtverkehr der Deutschen Reichspost in den Monaten April und Mai gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres noch keine Steigerungen aufwies, blieben in den folgenden Monaten die Verkehrsleistungen aller Betriebszweige mit Ausnahme des Kraftpost-, Luftpost- und Postfachverkehrs mehr und mehr zurück, so daß sich im Jahresergebnis durchweg ein zum Teil nicht unerheblicher Verkehrsabfall zeigt. Der Rückgang ist besonders stark im Briefverkehr (- 15,7 v. H.), im Paketverkehr (- 6,2 v. H.) sowie bei den Telegrammen (- 15,5 v. H.).

Die Verkehrsleistungen sind im Berichtsjahr ausgedehnt, insbesondere die Verkehrsleistungen um rund 3000, die öffentlichen Sprechstellen um rund 7000 vermehrt worden. Die Umgestaltung der Postverordnungen des platten Landes unter Benutzung von Kraftwagen und die Einrichtung von Poststellen in den von den Kraftwagen berührten Landorten

ist in größerem Umfang fortgesetzt worden. Von 674 Postämtern (Postpostämtern) gingen Ende März 1931 1017 Landkraftposten aus, die 2300 Postanfragen und 13 800 Poststellen erfassten und rund 6,3 Millionen Landbewohner versorgten. Das Luftpostnetz, das im Sommer 1930 in 21 Ländern umfaßt, mußte im Winter 1930/31 auf 26 Linien beschränkt werden, zu denen jedoch bereits im März und April 16 Linien hinzutraten.

Im Postfachverkehr sind bei 992 356 Konten Ende Dezember 1930 im Kalenderjahr 1930 752,8 Millionen Buchungen über 141,4 Milliarden Mark ausgeführt worden, wovon 82,4 v. H. barlos abgerechnet wurden. Der Fernpostverkehr ist durch Einrichtung neuer Selbstankündigungsmittel und Schnellämter gefördert worden.

Ende März 1931 waren 1765 von 6948 Vermittlungsstellen auf den selbsttätigen Betrieb umgestellt; an die Leiter sind 1,1 Millionen oder 56,9 v. H. aller Hauptankündigungsmittel herangeführt. Die Gesamtzahl der Rundfunkteilnehmer in Deutschland stieg um 15,2 v. H. auf 3 731 681 Ende März 1931 (darunter 134 133 Blinde, Schwerhörige, Arbeitslose usw., denen die Gebühren erlassen worden sind).

Im Rechnungsjahr 1930 sind an Betriebseinnahmen 2 208,2 Millionen Mark aufgenommen. Das Mehr gegenüber den Betriebsausgaben beträgt 154,4 Millionen Mark, wovon 115 Millionen Mark an das Reich abgeführt und 39,4 Millionen als Zuteilung zum Vermögen verordnet worden sind. In der Bilanz beträgt der Zugang der Aktiven im ganzen 90,4 Millionen Mark. Auf der Passivseite sind die Anleihen um 309 Millionen Mark auf 459 Millionen Mark gestiegen. Im ganzen weisen die Posten einen Zugang von 50,9 Millionen Mark auf.

## Poncet beim Reichspräsidenten.

Er überreichte sein Beglaubigungsschreiben.

Berlin, 23. September.

Der Reichspräsident empfing den neuernannten französischen Botschafter Francois-Poncet zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens.

Der Botschafter wurde nach dem üblichen Zeremoniell durch den Chef des Protokolls, Graf Tattenbach, abgeholt und im Wagen des Reichspräsidenten zum Präsidenten-Palais geleitet. Das Beglaubigungsschreiben folgte in besonderem Rahmen. Der Besuch des Reichspräsidenten durch den Botschafter dem Reichspräsidenten die militärischen Ehrenbezeugungen. An dem Empfang nahm außer den Herren der Umgebung des Reichspräsidenten Staatssekretär Dr. von Bülow in Vertretung des zurzeit in Genf weilenden Reichsministers des Auswärtigen teil. Nach den wechselseitigen Ansprüchen fand eine Unterhaltung statt, in deren Verlauf der Botschafter dem Reichspräsidenten die Mitglieder der Botschaft vorstellte. Beim Verlassen des Hauses erwiderte der Botschafter dem Reichspräsidenten die militärischen Ehrenbezeugungen, der unter gleichem Zeremoniell wie bei der Hinfahrt nach der Botschaft zurückgeleitet wurde.

## Frankreich wünscht Zusammenarbeit.

Botschafter Poncet vor der Presse.

Bei einem Presseempfang wies der neue französische Botschafter in Berlin, Francois-Poncet, darauf hin, daß seine Ansprache beim Reichspräsidenten deutlich beweise, in welchem Sinne er verfahren wolle, die ihm anvertraute Aufgabe zu lösen, und fuhr dann fort:

Obwohl Frankreich bisher von der Wirtschaftskrise weniger betroffen wurde als andere Länder, während es doch feineswegs, sich von der übrigen Welt abzukühlen. Selbstverständlich möchte es seine eigenen Interessen wahren, bleibt aber dabei nicht dem

Schicksal der benachbarten Völker gegenüber gleichgültig. Im Gegenteil sieht Frankreich, daß eine immer enger geknüppte Solidarität die Nationen miteinander verbindet und daß nur eine ehrlichgemeinte Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe Europa und die Welt in Stand setzen werden, eine besonders schwierige Zeitperiode ohne übermäßige Leiden zu überwinden.

Sowohl es in ihrer Macht steht, wird die Regierung der französischen Republik alles versuchen, um mit Deutschland zu befriedigenden Beziehungen und einer wirksamen Zusammenarbeit zu gelangen.

Ach werde mich dieser Aufgabe, soweit es in meinen Kräften steht, mit um so größerer Freude widmen, als Deutschland für mich kein unbekanntes Land ist.

## Hoovers Einladung an Laval.

Paris zum Besuch in Washington.

Paris, 23. September.

Der Ernst der durch die englische Krise geschaffenen Lage wird in der französischen Presse eingehend erörtert. Es fehlt nicht an Stimmen, die vor allem großem Vertrauen zur französischen Währung warnen.

Der Gedanke bricht sich Bahn, daß die Verschärfung der wirtschaftlichen und finanziellen Interessen sofort eine gegenseitige internationale Zusammenarbeit verlangt. In diesem Zusammenhang wird die Berliner Reise des Ministerpräsidenten Caual und des Außenministers Briand, vor allem

aber auch die Begegnung des Präsidenten Hoover mit Coolidge als besonders bedeutungsvoll angesehen.

Einige Blätter verfolgen allerdings, den Schwerpunkt der französisch-amerikanischen Zusammenarbeit auf das Politische abzustellen. In einem am Freitag stattfindenden Ministerrat wird die Entscheidung über die Errichtung des amerikanischen Präsidenten Hoover an den französischen Ministerpräsidenten nach Washington zu fahren, fallen. In einer Tages-Ausstellung heißt es im übrigen, diese Beziehungen zwischen verantwortlichen Staatsmännern, gleichviel ob sie in Paris, London, Berlin oder Washington stattfinden, könnten die Lösung der ersten Probleme der Stunde nur erleichtern. Sie würden einen zwar raschen und nur unvollständigen Meinungsaustausch erlauben, der aber oft den Weg für Regelungen vorbereite, die durch heftiges gegenseitiges Verständnis erleichtert würden. Die Schwierigkeiten aller Art, die heutigentags vorhanden seien, verlangten rasche Entschlüsse.

### Amerika fordert Abrüstung.

Castle über die gegenwärtige Weltdepression.

Vor führenden Industriellen und Kaufleuten sprach der amerikanische Unterstaatssekretär Castle in Boston über die gegenwärtige Lage. Er bezeichnete darin als Ursachen der Depression den Weltkrieg, Anarchismus, unregelmäßige Wirtschaftspolitik nach dem Kriege und den übersteigerten Ausbau der amerikanischen Absatzmärkte. Castle erklärte weiter:

Amerika hat keine politischen Sorgen, aber es leidet so wohl durch

#### die Weltdepression

als auch durch die Dürre, die im letzten Jahre den Süden und einen Teil des Westens und in diesem Jahre den Nordosten heimlichte. Von der Depression wird Amerika in sich zum Erholen, wenn es auch der übrigen Welt besser geht. Ebenso wie ein Zusammenbruch der amerikanischen Kaufkraft die ganze übrige Welt in Mitleidenschaft ziehen würde, so ist auch die Erhaltung des amerikanischen Lebensstandards von der Stabilität der Welt abhängig. Deswegen hat Präsident Hoover seinen Plan eines Schuldenjahres vorgelegt.

Ein weiterer Schritt zur Besserung der Weltlage ist Hoovers Bestreben nach einer Begrenzung und Verminderung der Rüstungen. Die Welt wäre ebenso sicher, wenn alle Rüstungen um die Hälfte oder um dreiviertel gekürzt würden. In London hat man aus gewissen Gründen die Forderung nicht nur nach einer Mäßigung, sondern nach einer gewissen Reduktion der Rüstungen gemacht. Die Zahl der Soldaten und Festungen sollte herabgesetzt werden. Eine rasche Gefahr stellt die Ueberentwicklung des Kriegsflugwesens in gewissen Staaten dar. Im nächsten Jahr werden die Nationen in Genuß Gelegenheit haben, ihren guten Willen zu erweisen und ihre Budgets in vernünftiger Weise zu begrenzen.

Keine Nation sollte dort nach persönlichen Triumpfen streben, sondern wissend daran denken, daß letzten Endes ihr eigenes Wohl vom gütlichartigen Verhalten zu den anderen Völkern abhängt.

### Italien für einjährige Rüstungspause.

Am weiteren Verlauf der Sitzung des Abrüstungsausschusses begründete der Vertreter Norwegens, Colban, die Entscheidung der fünf Staaten, wonach die Rüstungsmittel der Abrüstungskonferenz sich jeder Maßnahme enthalten sollen, die auf eine Erhöhung des gegenwärtigen Rüstungsstandes hinzielt. Im Anschluß daran kam der italienische Delegierte, General de Marini, auf die weitergehende Forderung des Außenministers Grandi zurück, die bestimmten einen völligen Stillstand der Rüstungen, wenigstens während der Dauer der Konferenz, empfiehlt.

Die italienische Delegation ist zu der Auffassung gekommen, daß die Rüstungen zu Lande, zur See und in der Luft getrennt betrachtet werden müssen. Für die Landrüstungen müßte man zu einer Verbindung der Ausgabenvermehrung greifen. Für die Rüstungen zur See könnte der Stillstand leicht durch die Einstellung aller Neubauten erreicht werden. Für die Luftrüstungen wäre der Stillstand in der Form einer Verpflichtung denkbar, daß neue Aufbauten nur zum Ersatz derjenigen gebaut werden dürfen, die während der Dauer des Stillstandes außer Dienst gestellt werden müssen. Die Rüstungspause müßte unbedingt der Zeit nach genau festgelegt werden. Italien würde die Dauer eines Jahres für angemessen halten.

### Kampf gegen Kapitalflucht.

Die Stimmung in England zur Finanzkrise.

London, 23. September.

Die Finanzkrise war Gegenstand einer Kabinettsitzung, die beschleunigt einberufen worden war. Die Regierung beschloß, gegen Inflationseigenheiten ganz energisch vorzugehen. Eine Organisation für diesen Zweck besteht bereits.

Das Schahamt hat eine sehr scharfe Verfügung ausgesetzt, die bis auf weiteres den Ausfuhr von Devisen oder die Ueberweisung von Guthaben zu dem Zweck, Devisen zu erhalten, für britische Staatsangehörige verboten. Die Southern Railways, eine der vier größten englischen Eisenbahngesellschaften, hat beschlossen, die Fahrpreise nach dem Festlande zu erhöhen.

In einzelnen Teilen des englischen Weltreiches macht sich eine gewisse Unzufriedenheit darüber geltend, daß die Landeswährung mit dem englischen Pfund verknüpft ist. In Ägypten halten die Bankretiree hierüber Beschwerden mit der Regierung. In Sizilien und Albanien bleibt die Börsen auch am Mittwoch geschlossen. In Kreiten der englisch-indischen Konferenz wird versucht, die den bestehenden Finanzverhandlungen auch die Frage aufzuwerfen, ob es nicht zweckmäßig ist, die indische Währung von der englischen unabhängig zu machen.

### Goldwährung außer Kraft gesetzt.

Meinungen in Londoner Regierungskreisen.

London, 22. September.

„In einer Atmosphäre vollkommener Ruhe“ hat sich die Verbindung der vorübergehenden Aufhebung der Goldwährung abgespielt. Gegen 10 Uhr abends haben die Kabinettsmitglieder Donnerstagmorgen verlassen, und zwar „erhöhenen Jaunes“.

In maßgebenden Kreisen der Regierung weist man darauf hin, daß es sich bei der Aufhebung des Goldstandards um eine vorübergehende Maßnahme handelt, und betont, daß es ein Unterirdisch sei, ob ein Land mit ausgeglichener Haushalt oder ein Land mit Fehlbeträgen im Budget seine Goldwährung außer Kraft legt.

Die Gründe für die Maßnahmen der englischen Regierung liegen nach Ansicht ununterrichteter Kreise darin, daß einmal in der ganzen Welt gegenwärtig große Unruhe herrscht und daß insbesondere die Lage in England durch den Mangel an Vertrauen seitens der Länder verschlechtert wurde, die in London Kapital angelegt hatten. In zweiter Linie kommen auch die sensationellen Nachrichten in Betracht, die über den englischen Flottenzustand verbreitet wurden. Man ist überzeugt, daß die Einheit und der Patriotismus des englischen Volkes jegliche Panik verhindern werden. Nebenfalls würde die Regierung sofort energische Schritte unternehmen, um allen den nationalen Interessen zumehrtaufenden Handlungen entgegenzutreten.

Die Ausfuhr von Vermögens britischer Staatsangehöriger wird in Zusammenarbeit mit dem Bankieren einer Kontrolle unterliegen, und auch der Handel mit fremden Werten wird behördlicherseits Einschränkungen unterworfen werden.

#### Londoner Pressefachs.

Wenn auch die Morgenblätter nicht den Versuch machen, den Ernst der Lage, die zu diesen Beschlüssen Anlaß gegeben hat, zu leugnen, so behandeln sie doch ohne Unterchied der Partei die neueste Entwicklung der Krise in bemerkenswert ruhigem und zuverlässigem Tone und ermahnen das Publikum, den Kopf oben zu behalten.

Es wird herangezogen, daß auswärtige Faktoren und besonders die abnehmende Menge von Gold und Krediten im Freitag und Sonnabend voriger Woche die Lage aufgestreift haben. Angehts des internationalen Charakters der Schwierigkeiten wird die Einberufung einer internationalen Konferenz als unbedingt notwendig bezeichnet.

#### Frankreichs Ansicht.

Der Beschluß der englischen Regierung, die Goldwährung aufzuheben, scheint in gut unterrichteten Pariser Kreisen nicht vollständig überraschend gekommen zu sein, hat aber dennoch große Beunruhigung ausgelöst. Man gibt die Sache des englischen Pfundes noch nicht verloren und scheint namentlich wegen der möglichen Widertätigkeiten der jetzt vollends zutage tretenden englischen Krise auf andere Länder weiteren finanziellen Konsequenzen nicht abgeneigt zu sein. Nebenfalls sei man sich heute in England darüber klar, daß die Zusammenfassung von Invergordien die unangenehme Wirkung im Ausland ausgelöst hätten. Das Vertrauen sei erschüttert worden.

### Wie Neuport die Krise sieht.

Die amerikanischen Blätter widmen der Aufhebung der englischen Goldwährung und den möglichen internationalen Auswirkungen dieser Maßnahme mehrere Seiten. Obwohl man das Ereignis in informierten Kreisen voraussichtlich hätte machen, doch die endgültige Befähigung einen tiefen Eindruck und veranlaßt eine Anzahl Befragungen führender Bankiers und von Mitgliedern verschiedener Börsen, wobei die englischen Maßnahmen als notwendig und ihre voraussichtlichen Rückwirkungen auf den Neuport Platz als nicht beunruhigend bezeichnet worden sind.

Die amerikanischen Gelder, die in England angelegt sind, erreichen keine beträchtliche Höhe; ununterrichteter Bankiers schätzen die amerikanischen Sterling-Guthaben in den britischen Banken auf weniger als 50 Millionen Dollar. Auch die Referenzbanken sollen gegenwärtig kaum Sterling-Konten besitzen mit Ausnahme der Ägypte für den zusammen mit der Banque de France gewährten Ausfuhr-Kredit von 250 Millionen. Die führenden Bankiers sind zwar abgeneigt, formelle Erklärungen über das Problem abzugeben, die in England veröffentlichten Meldungen jedoch, daß amerikanische Spekulanter Baillievorläufe gegen den Pfund Sterling unternommen hätten, werden als absurd bezeichnet.

#### Berliner Börse geschlossen.

Der Berliner Börsenvorstand macht bekannt: Mit Rücksicht auf die Schließung der Londoner Börse und anderer europäischer Börsen findet eine Notiz von Wertpapieren, Devisen und Metallen an der heutigen Berliner Börse nicht statt. Der freie Handel in diesen Werten ist nicht zulässig. Devisenwerte werden heute in der Reichsbank festgesetzt. Die deutschen Provinzbörsen schließen für den Berliner Börse an.

#### Pariser Börse bleibt geöffnet.

Die Pariser Börse ist nicht geschlossen. Wie es in informierten Kreisen heißt, sollen die französischen Regierungskreise durch den englischen Geschäftsträger auf den Ernst der Lage aufmerksam gemacht worden sein und sich bereit erklärt haben, alles, was in ihrer Macht steht, zu tun, um England zu helfen.

Finanzminister Flandin hat eingehend mit dem Gouverneur der Bank von Frankreich, Morel, dem Direktor der Devisenabteilung im Finanzministerium, Escalier, und dem Spätkurs der Pariser Börsenmakler, Jacot, verhandelt. Im Verlauf der Befragung wurden die Ursachen der englischen Beschlüsse geklärt und die Rückwirkungen, die sie eventuell auf den französischen Finanzmarkt haben könnten, eingehend geprüft. Im Anschluß daran begab sich der Finanzminister zu Ministerpräsident Caillaux, um ihn über die Lage zu unterrichten.

Die Börsen in Brüssel, Wien, Amsterdam, Stockholm, Zürich und Bombay wurden ebenfalls geschlossen.

### Snowden über die Goldwährung.

Die Gesetzesvorlage über die Abschaffung der Goldwährung vor dem Interhaus.

London, 22. September.

Schatzkanzler Snowden brachte im Interhaus die Gesetzesvorlage zur vorübergehenden Aufhebung der Goldwährung ein. Der Gegenentwurf ermöglicht das Schahamt, Verfügungen zu erlassen, um Maßnahmen zur Ueberwindung der durch die Aufhebung des Goldstandards entstehenden Schwierigkeiten in Kraft zu setzen. Snowden betont, der Gegenentwurf würde den freien Goldmarkt in dem Maße, als er sich durch die Bereinigung des Goldes, das von ausländischen Regierungen aus den Banken der Bank von England zur Aufrechterhaltung übergeben worden ist, würden seine Beschränkungen gelegt werden. Ihren Verpflichtungen werde die Regierung weiter nachkommen.

Die Welt müßte lernen, daß das gegenwärtige Wirtschaftssystem nicht aufrecht erhalten werden könne, wenn je auch gleichzeitig veruche, seine Anlagen zu liquidieren. Es bestehe die Möglichkeit, daß die gegenwärtige Krise die Wege für eine bessere internationale Zusammenarbeit ebenen würde.

In den Ausführungen Snowdens war noch eine Stelle von besonderer Bedeutung, in der der Schatzkanzler die Bemerklichkeit der britischen Regierung, eine internationale Konferenz abzuhalten bejonte.

#### Der Führer der Opposition, Henderson,

gab für die Opposition das Versprechen ab, daß sie alles tun mögliche tun wolle, um Ueberlegungen oder Erklärungen zu vermeiden, die dazu angehen sein könnten, eine Panik in England und im Ausland herbeizuführen.



## Zur Höhe

Roman von Elisabeth Borchardt

66. Fortsetzung. Nachdruck verboten. „Was glaubst du?“ fragte sie. „Seit ich dich treuer Jugendfreund, wieder sah, mag ich den plumpen Tedesco nicht mehr leiden.“

Er zuckte zusammen, aber seine Züge spiegeln ein ganz anderes Empfinden wider, als Carlotta gehofft haben mochte. Sie wurde bleich.

„Du kennst mich — Es wäre wider die Natur, wenn ich die Ketten nicht zerbräche und — dem allein gedienet wolle, den ich liebe.“

„O Gott — Carlotta, was verlangst du von mir?“ stöhnte er verzweifelt hervor und ludte sich aus der Umklammerung ihrer Hände zu befreien.

„Das — kannst du fragen?“

„Du schweigst, schweig!“ unterbrach er sie hastig. „Du liebst mich an deine Liebe glauben, und nun? Hast du mich gelüßt — hintergangen?“

Der kalte Anglistenschweiß trat ihm auf die Stirn. „Berühme dich doch, Carlotta, laß uns vernünftig zusammen sprechen.“

„Bernünftig? Was verstehst du darunter?“

„Ich will dir eine Erklärung geben: Als junger, heißblütiger Künstler verlebte ich in eurem Hause in Mailand und Schwärmerei für dich wie alle übrigen Males. Ich sah dich und fühlte wohl, daß du mich vor allen anderen auszeichnetest, aber nicht ein Gebante ist mir in meiner besseren Sorglosigkeit gekommen, mir fesseln für das Leben zu schmeiden damals, wo mich die Mißerfolge meiner Kunst auf Reisen trieben. Kein bindendes Wort war zwischen uns gefallen, als ich dich in diesem Jahre nach vierjähriger Trennung als Braut eines anderen in Berlin wieder sah, dich verlorste als Landsmann und Jugendfreund auch dort mit dir. Die alten schönen Erinnerungen wurden wieder so

beding, ich schwärmte wieder wie einst. Ich — ich spielte mit einem Feuer, ohne es zu ahnen, denn dein Entgegenkommen nahm ich für — Freundschaft.“

„So bereuht du?“

„Ja. Meine Weisheit kam, wie ich sehe — doch zu spät.“

„Es — wärest du — ferne geliehen?“ tief lie außer sich.

„Nenne es lo, wenn du willst — ich konnte und durfte nicht länger in deiner Nähe sein. Das war ich deinem Verlobten schuldig.“

„Wieso?“

„Durch die Religion.“

„Religion? Seit wann legst du darauf Gewicht? Und dann kann ich dich über meinen Verlobten beruhigen. Er liebt mich längst nicht mehr. Es liegt ihm ebensowenig an mir, wie mir an ihm. Wir werden beide aufatmen, da wir wieder frei sind, und es wird uns kein unträgliches Hindernis entgegenstellen. Bist du nun beruhigt? Warum antwortest du nicht?“

„Vorgestern war ich auf die Höhen eines Gletscherberges getrieben, um ein Edelweiss zu pflücken, erwiderte er langsam und wie träumend. Dabei fürzte ich in einem Abgrund, und an einem Felsen hangend bleibend, schwebte ich zwischen Leben und Tod. — In jener graufahren Stunde tat ich einen Blick in mein früheres Leben, und — es schändete mich.“

„Was soll das heißen — was willst du damit sagen?“

„Sieh meine verbundenen Hände. Ich zieh sie mir blutig, als ich an der steilen Felswand emporzuklettern versuchte. — Da streckte sich mir von oben eine rettende Hand entgegen und zog mich zur Höhe.“

Ihre schönen Züge veränderten sich.

„Sabaha — laßte sie plötzlich schneidend auf, „nun verstehst ich endlich — du hast Ertrag gefunden.“

„Carlotta!“

In ihren Augen funkelte es.

„Sind wir euch Männern stets nur Spielzeug, das ihr achtlos wegwurft, wenn ihr ein neues gefunden habt, das ihr stärker und Erregung. Bittorle — ich liebe nicht mit mir spielen.“ Die ganze Blut und Leidenschaft der Ita-

lienerin lag in ihrem Blick und Ton. „Und ich lege dir — nicht eher werde ich ruhen, bis du mir meine Kralatin genannt hast.“

„Du bist von Sinnem!“

„Meine Mutter war Südtalinerin,“ fuhr Carlotta unheimlich flüsternd fort, „weilst du, wie man dort unten die Antenne rächt?“

„Meine Mutter war es auch — doch — was fallest du von Antenne, da ich dir doch nie den Treueid geleistet, höchstens durch zu große Vertraulichkeit Hoffnungen in dir geweckt habe?“

„Das es genug sein,“ sie zitterte noch stärker als zuvor, „ich habe ein Recht, mich zu rächen.“

„Zu, was du willst, aber ein bittig dich dich; verlaß mich jetzt — wenn man uns nebenaun hörte.“ — Gestohlen, schon der Umstand, daß du dich so lange in meinem Zimmer —“

„Du bist bejorgt um deinen Ruf?“ Um die Lippen zuckte er spöttlich.

„Um den deinen, Carlotta.“

„Das ist unnötig — ich nannte mich bei meinem richtigen Namen Carlotta Ferrati und —“

„Und — was besessst du dich?“

„Was kümmerst es dich?“ In ihren Augen brannte ein irrez Feuer.

„Carlotta — ich bitte dich — gehe zu deiner Mutter nach Mailand vorläufig.“

„Wozu?“

„Um dich wieder — zurückzufinden.“

„Wozu zurückzufinden? Ich bedarf dessen nicht.“

„Wozu bist du mir?“

„Ich sagte es dir schon einmal, daß es dich nicht zu kümmern hat.“

Er schmeig eine Weile und seine Augen ruhten auf dem schönen Mädchen, das um innerlichen litt.

„Sende abend um elf Uhr geht dir ein Zug nach Mailand dort — wir werden mit ihm adieren, Carlotta.“

„Bist?“ fragte sie mit sich erhellender Hoffnung.

„Ich — ich werde dich nach Mailand zu deiner Mutter begleiten als — Freund und Bruder.“ (Fortf. folgt.)



## Kirchensteuer und Kirchgeld

für das am 1. Oktober d. Js. abgelaufene erste Halbjahr, ist vom 25. September bis 10. Oktober d. Js. an die hiesige Kirchengasse zu zahlen.  
Der Gemeindegemeinderat.

## Für die kühlere Witterung

Schlüpfer, Unterhosen, Hemden  
Damen- u. Kinderstrümpfe, Herren-Socken  
Strickwesten, Pullover

Für den Jahrmarkt und auch schon früher

Extra-Angebot in **Schürzen** ganz besonders billig

**Wilh. Weydanz**

## Palmolive Champoo-Werbe-Verkauf!

1 Doppelpackung gratis beim Einkauf von 2 Päckchen für 60 Pfg.

Palmolive-Feinseife jetzt 3 Stück für 1,- RM.

erhältlich bei

Richard Arnold, Kemberg, Markt 3

## Bersteigerung Sonnabend, den 26. Sept., vorm. 10 Uhr soll im Gehöft des Herrn Dr. Möller ein **Schlzimmer**

(alles majus Giche), bestehend aus 1 Büffel, 1 Anrichte, 1 Tisch, 8 Stühlen m. Lederbezug, 1 elektr. große Lampe, 1 Teppich, 1 Tischdecke usw. im ganzen oder auch einzeln öffentlich meistbietend versteigert werden. Bedingungen im Termin.

Der **Beauftragte**

## Zuckersäcke

hat abzugeben

## Leere Säcke

gibt billig ab

Rudolf Huhn

## Frisches Rindfleisch frische Flecke

empfiehlt

Louis Richter

## Maschinenöl

Motorenöl :: :: Zentrifugenöl

Fahrradöl :: Mähmaschinenöl

Fussbodenöl, Mopöl

Wagenfett, Lederfett

Lederöl, Staufferfett

Treibriemen- und Bohnerwachs

Saalwachs — — — Talkum

empfiehlt billigst

Rudolf Huhn J. G. Glaubig :: Kemberg

## Bekanntmachung.

Auf Anordnung des Finanzamtes in Wittenberg werden am 25. September 1931, mittags 12 Uhr zu Kemberg im Palmbaum eine Nähmaschine (Singer), ein Damenfahrrad (Böhmen) und ein Fahrrad (Opel-Blig) im Wege der Zwangsversteigerung öffentlich versteigert  
Wittenberg, den 21. Sept. 1931  
Versteigerungsstelle

Fisch eingetroffen  
Bratheringe Bratrollmops  
Hering i. Gelee  
Kronlärchen Delfarlärchen  
Bismarckheringe  
Seelachs in Scheiben  
Seelachschnebel, lode  
Appetitfild Gabelbifflin  
Filetheringe in Majonäse  
Appetitthappen Bücklinge  
Feinde Fettheringe  
Delikatessalat Fleischsalat  
empfiehlt billig **S. G. Glaubig**

## Zur Saalbeize:

Kupfer-Vitriol  
Germisan  
Tufan-Trockenbeize  
Abavit-

empfiehlt **Rudolf Huhn**

## Speisekartoffeln

(weiße gelbfleischige und rote) verkauft

Ernst Lehmann, Leipz. Neum. 9

## Junge Spanntuh

(Milchtuh) steht preiswert zum Verkauf. Desgl. habe ich

## gute Speisekartoffeln

(weiße und rote) abzugeben

Herm. Dietrich, Weinbergstr.

## Zum Muskochen

empfiehlt  
feinstes Mus-Gewürz  
H. Kühnert

billig **S. G. Glaubig**

## Lenatol

(Messingpulvermittel)  
in Originalflaschen vorrätig

Richard Arnold, Markt

## Raupenleim

Leimringe

Obstbaumfarbölneum

empfiehlt **Rudolf Huhn**

## Schützenhaus

Sonnabend, ab 7 Uhr zum Jahrmarkt

## Jugend- u. Familien-Ball

Eintritt und Tanzgeld 50 Pfg.

Ehepaare zusammen 50 Pfg.

Stimmung wie immer durch die Hauskapelle.

Sonntag, abends halb 9 Uhr Liane Haid in

## Schwarzwaldmädel

die bekannte Filmoperette

nebst großem Beiprogramm!

Wieder ein erstes Programm.

Zum Jahrmarkt empfehle  
prima frisches

## Rind-, Kalb- und Schweinefleisch

Kasseler Rippespeer

div. Aufschnitt — Fleischsalat

fr. Sülze, Kaiserjagdwurst, Mortadella

Wiener Würstchen, Würstchen in Dosen

Bockwurst und Breslauer

Richard Krausemann Nachf.

Inh. Heinrich Schneider



## Echte Straßander Spieltarten

beherrschen den Markt seit über 150 Jahren

Es gibt keine besseren!

Stets zu haben bei

Richard Arnold, Buchhandlung

## Hotel „Blauer Hecht“

Sonnabend, den 26. September, von nachm. 3 Uhr an

## Grosser Jahrmarkts-Ball

Erstklassige Ballmusik

Stark besetztes Orchester

Kalte und warme Speisen in bekannter Güte

: Biere, Weine und Liköre erster Häuser :

Um günstigen Zuspruch bittet **Paul Günther**

Räderaufbewahrung

## Zum Jahrmarkt

empfehle in guter Auswahl, zu billigen Preisen:

### Damen- u. Kinder-Handtaschen

Aktentaschen

Portemonnaies, Brief- u. Zigarrentaschen

Reisekoffer - Stadtkofferchen

Einkaufsbeutel, Rucksäcke, Spazierstöcke

Toilette-Artikel

Feinseifen, Parfümerien, Hautcreme,

Shampoo, 4711, Elida, Palmolive, Leodor,

Schwarzkopf, Pfeilring

Haarschmuck

Haarspangen, Libellen, Bubispangen,

Bubikämme, Seitenkämme, Zophalter,

Schleifenhalter, Lockenwickler

Kämme, Toilette- und Taschenspiegel.

### Haus- und Wirtschafts-Artikel

Goldrandgeschirr

Ess-, Kaffee- und Sahneservice

Sammeltassen

Kuchenteller, Obstschalen, Bonbonieren

Schüsseln, Teller, Töpfe, Gläser, Tassen

(mit und ohne Namen)

Eierbecher, Butter- und Käseglöcken,

Küchengeräte, Waschschränke

Wein-, Bier- u. Likörservice

— Vasen —

In Emaillewaren, Zinkeimern u. -Wannen

einige besonders preiswerte Restposten,

da Aufgabe der Artikel.

**Richard Arnold :: Kemberg**  
Markt Nr. 3 ... Leipziger Straße Nr. 64/65

## Barzellierungs- Termin

in Gniest bei Kemberg

Am Sonntag, den 27. September kommen die

## Hofstelle und die Restländereien

(Acker- und Heidepläne) der Louis Schenkenschen Bauerwirtschaft preiswert unter günstigsten Zahlungsbedingungen zum Verkauf. Ich bin von 12—16 Uhr im **Meisterhofen Gashof in Gniest** anwesend, ebenso der Notar und wird bei günstigem Angebot der sofortige Zuschlag erteilt.

i. A.: Steinberg,

Berlin-Charlottenburg, Kantstraße 130/b

Tel. Steinplatz 3619

# Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Schülerisches Unterhaltungsblatt“. / Bezugspreise: Monatlich für Abnehmer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streich usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise Petitspalt oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise Kleinzeile 40 Pfg., Ausnahmestrich 30 Pfg. für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedeutlich geschrieben oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— Mfr. das Laubend, zuzüglich Postgebühr. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 113

Donnerstag, den 24. September 1931

33. Jahrg.

## Vor der neuen Reichsnotverordnung. Enderörterungen im Kabinett.

Die Beratungen über die Probleme der neuen Notverordnung sind so weit gediehen, daß die Schlusseinstellung der Reichsregierung in einer großen Kabinettsitzung noch im Laufe dieser Woche oder spätestens nach dem Besuch der französischen Gäste in der nächsten Woche stattfinden wird. Die Reichsregierung hat jetzt bereits Erfahrung in der Beratung von Notverordnungen, und innerhalb der Reichsregierung sind die einzelnen Probleme so weit gelöst worden, daß in Chefbesprechungen an die Beratungen die letzte Hand gelegt werden konnte, bis in der Schlusseinstellung die Verordnung vom Gesamtkabinett erledigt werden und dann dem Reichspräsidenten als Entwurf zur Entscheidung zugehen.

Die neue Notverordnung wird voraussichtlich sechs Materien regeln, und zwar handelt es sich um die schon angelegentlich Einbringung der Sondergerichte.

Da hier im Reichsjustizministerium bereits Vorgehens aus früheren Jahren vorliegen, wird die formale Gestaltung dieser Notverordnung wenig Zeit beanspruchen. Die Aufsichtsbekanntmachungen haben bisher noch gewissen Widerstand gefunden. Es muß damit geredet werden, daß einzelne Fragen, deren Regelung zwar von den Ländern aus finanziellen Gründen gewünscht wird, aus prinzipiellen Gründen aber von der Reichsregierung eine Zustimmung nicht finden werden.

Das Reichsarbeitministerium ist vor allem mit der Frage der Zusammenfassung der Arbeitslosigkeit mit der Wohlfahrtsvereinsleistungen beschäftigt.

Weiterhin sind vom Reichsarbeitministerium Ergänzungen zum Dietrichschen Stützungsplan in Vorrichtung gebracht worden, über die auch noch endgültig entschieden werden muß.

Die Grundlinien der neuen Notverordnung im Hinblick auf die Beamten sind bereits durch die preussische Notverordnung bekannt geworden. Bleibt als letztes die Frage der Hauszinssteuer, die im Kabinett einen überaus lebhaften Meinungsaustausch herbeigeführt hat. Für diese Frage hat sich auch Reichsanwalt Dr. Brüning besonders interessiert, und es sind außerdem die einzelnen Interessengruppen gehört worden.

Es liegt in der Natur der Sache, daß hier die Meinungen weit auseinandergehen. Ein Beispiel dafür ist die Stellungnahme des preussischen Handelsministers Dr. Schreiber, der aus wirtschaftspolitischen Gründen einen radikalen Abbau der Hauszinssteuer vorgezogen hat, während der preussische Wohlfahrtsminister Hirtfelder, der die Bauwirtschaft in Preußen betreut, im Interesse dieser öffentlichen Bauwirtschaft einen anderen Standpunkt eingenommen hat. Wenn in der Defensivität der Einkünfte entstanden ist, als ob daraus eine Krise im preussischen Kabinett entstehen könnte, so ist das völlig unrichtig, denn die Angelegenheit wird ja nicht von der preussischen Regierung, sondern von der Reichsregierung entschieden.

## Notverordnungen der Länder.

Wie Sachjen waren will ...

Dresden, 23. September.

Der sächsische Ministerpräsident erklärte vor der Presse die neue sächsische Verordnung und sagte u. a., die Regierung habe sich entschlossen, für dieselbe Zeit, für die die Beamtengehälter weiter geführt werden, die Schlachtfeldsteuer um 30 v. H. und die Stempelsteuer um 20 v. H. zu erhöhen und für die Gerichts- und Verwaltungsstellen einen Zuschlag von 15 v. H. vorzuschreiben. Die Hochschulgebühren würden heraufgesetzt. Nur mit größten Bedenken habe sich die Regierung entschlossen, das Schulgeld für die höheren Schulen von 180 Mark auf 240 Mark zu erhöhen und für das neunte und zehnte Schuljahr der höheren Abteilungen der Volksschulen sowie der Volklassen der Berufsklassen ein Schulgeld von 60 Mark einzuführen. Auch für die Hochschulen des Landes seien empfindliche Einschränkungen getroffen worden.

Die Schalter der akademisch gebildeten Lehrer hätten wesentlich herabgesetzt werden müssen. Bei der höheren Beamtenzahl werde eine allgemeine Herabsetzung der Gehaltsstaffelung vorgenommen. In der Gemeindebeamtenbeziehung werde im allgemeinen die Gleichstellung mit den vergleichbaren Staatsbeamten aufrecht erhalten. Bei der allgemeinen Gehaltsföhrung in Höhe von 5 v. H. sei durch eine Freigrenze von 1500 RM Vorzüge getroffen, daß sich bei den unteren Beamtengruppen die Föhrung nur unbedeutend auswirke.

Das Ergebnis der gebaltungspolitischen Maßnahmen sei eine Ersparnis von rund 5 Millionen RM. Durch sonstige Maßnahmen würden 2,71 Millionen RM gespart. Eine weitere Ersparnis von 2 Millionen RM werde sich ergeben, wenn das Reich eine Verringerung der Pensionsstaffel mit Wirkung auch für die Länder vornehme.

In Gemeinden bis zu 4000 Einwohnern sollen die Gehälter der unteren Staatsverwaltungsbeamten den Amtshauptmannschaften übertragen werden, und zwar von dem Zeitpunkt ab, wo der im Amt befindliche Bürgermeister sein Amt aufgibt. Den Gemeinden unter 1500 Einwohnern solle nur noch in Ausnahmefällen ein berufsmäßiger Bürgermeister vorkommen.

## Reichstagszusammentritt 13. Oktober. Außen- und innenpolitische Debatte.

Zwischen Reichsanwalt Brüning und Präsident Löbe wurde vereinbart, daß der Reichstag zu dem von ihm selbst bestimmten Termin, nämlich am 13. Oktober, zusammentritt, und zunächst eine Erklärung der Reichsregierung entgegenzunehmen. Mit der Beratung dieser Regierungserklärung werden sämtliche Anträge und Interpellationen verbunden, die von den Parteien zur Politik der Reichsregierung eingebracht worden sind oder eingebracht werden. Man darf also mit einer umfangreichen außen- und innenpolitischen Debatte rechnen.

Außerdem müssen vor Weihnachten vom Reichstag noch einige dringliche Vorlagen erledigt werden. Die weitere Entwicklung hängt von der Stellungnahme der Parteien ab und war daher noch nicht Gegenstand der Besprechungen zwischen dem Reichsanwalt und dem Reichstagspräsidenten. Man rechnet damit, daß die Geschäftung des Reichstages einige Wochen in Anspruch nimmt. Den würde eine Weichnachtspause folgen, während der die Ausschüsse arbeiten können. Im neuen Jahre müßte der Reichstag sich wieder versammeln, um den Etat zu beraten.

## Minister-Appell an die Hausfrau.

Rundfunkrede des Reichsernährungsministers Schiele.

Reichsernährungsminister Schiele sprach im Rundfunk über die ernährungspolitische Aufgabe der deutschen Hausfrau und führte dabei aus, die Schärfe der Ernährung des Volkes könne nur mit einer gelassen, rationalen, bescheidenen Landwirtschaft erreicht werden. Die diesjährige Ernte reiche aus, um das Volk bis zur neuen Ernte ausreichend zu versorgen. Nach den neuesten Schätzungen hätten wir 11,2 Millionen Tonnen Brotgetreide, d. h. Weizen und Roggen, geremelt, während der Bedarf an Brotform einschließlich Sauगत etwa 10,6 Millionen Tonnen betrage. Insgesamt werde

die diesjährige Getreideernte

mit 20,8 Millionen Tonnen um 700 000 Tonnen größer geblieben als im Vorjahr. Aus dem Getreide der Reichsbevorratung könnten wir sogar vor der Larkade, daß der Schweinebestand um etwa drei Millionen Stück zu groß sei.

Obwohl also die Landwirtschaft in der Lage sei, den deutschen Bedarf in befriedigender Weise zu decken, habe die Einfuhr an Agrarprodukten im vergangenen Jahre noch 2 1/2 Milliarden Mark betragen. Diese Last habe sich gleichziehen mit Arbeitslosigkeit deutscher Arbeit, denn bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen entfielen etwa 40 bis 50 Prozent des Wertes auf Export.

Die Aufgabe der Hausfrau sei: Rücksichtnahme auf die Handelsbilanz beim Einkauf und Einkauf an der billigsten Stelle.

## Der Arbeitsmarkt im Reich.

Gleichmäßiges Steigen der Zahl der Arbeitslosen. Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1. bis 15. September 1931 hat sich die Lage des Arbeitsmarktes im Reich im Vergleich mit dem September des Vorjahres



ist in größerem Umfang fortgesetzt worden. Von 674 Postämtern (Reispostämtern) gingen Ende März 1931 1017 Entlastungsstellen aus, die 2300 Postagenturen mit 13 800 Poststellen ersetzen und rund 6,3 Millionen Landbesitzer verlor. Das Aufputz, das im Sommer 1930 110 Zentimeter umfaßte, mußte im Winter 1930-31 auf 26 Zentimeter beschränkt werden, zu denen jedoch bereits im März und April 16 Zentimeter hinzutreten.

Im Postdienstverkehr sind bei 992 356 Konten Ende Dezember 1930 im Kalenderjahr 1930 752,8 Millionen Buchungen über 141,4 Milliarden Mark ausgeführt worden, wovon 82,4 v. H. barlos abgewickelt wurden. Der Fernpostverkehr ist durch Einrichtung neuer Selbstschaltämter und Schnellämter gefördert worden.

Ende März 1931 waren 1765 von 6948 Vermittlungsstellen auf den selbsttätigen Betrieb umgestellt; an diese Stelle sind 1,1 Millionen oder 56,9 v. H. aller Hauptämter herangeführt. Die Gesamtzahl der Rundfunkteilnehmer in Deutschland stieg um 15,2 v. H. auf 3 731 681 Ende März 1931 (darunter 134 1331 Blinde, Schwerhörige, Gehörlose, Arbeitslose usw., denen die Gebühren erlassen worden sind).

Im Rechnungsjahre 1930 sind an Betriebsmaßnahmen 2 208 Millionen Mark aufgewendet. Das Mehr gegenüber den Betriebsausgaben betrug 154,1 Millionen Mark, wovon 115 Millionen Mark an das Reich abgeführt und 39,4 Millionen als Zumeilung zum Vermögen verordnet worden sind. In der Bilanz beträgt der Zugang der Aktiven im ganzen 90,4 Millionen Mark. Auf der Passivseite sind die Aktiven um 309 Millionen Mark auf 459 Millionen Mark gestiegen. Im ganzen weisen die Passiven einen Zugang von 50,9 Millionen Mark auf.

## Poncet beim Reichspräsidenten.

Er überreichte sein Beglaubigungsschreiben.

Berlin, 23. September.

Der Reichspräsident empfing den neuernannten französischen Botschafter Francois-Poncet zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens.

Der Botschafter wurde nach dem üblichen Zeremoniell durch den Chef des Protokolls, Graf Tattenbach, abgeholt und im Wagen des Reichspräsidenten zum Präsidenten-Palais geleitet. Das Botschafterpersonal folgte in besonderem Wagen. Im Verlauf des Reichspräsidentenempfangs erwiderte die Ehrenwache dem Botschafter die militärischen Ehrenbezeugungen. An dem Empfang nahm außer den Herren der Umgebung des Reichspräsidenten Staatssekretär Dr. von Bülow in Vertretung des zurzeit in Genf weilenden Reichsministers des Auswärtigen teil. Nach den wechselseitigen Ansprachen fand eine Unterhaltung statt, in deren Verlauf der Botschafter dem Reichspräsidenten die Mitglieder der Botschaft vorstellte. Beim Verlassen des Hauses erwiderte die Ehrenwache dem Botschafter erneut militärische Ehrenbezeugungen, der unter gleichem Zeremoniell wie bei der Hinfahrt nach der Botschaft zurückgeführt wurde.

## Frankreich wünscht Zusammenarbeit.

Botschafter Poncet vor der Presse.

Bei einem Presseempfang wies der neue französische Botschafter in Berlin, Francois-Poncet, darauf hin, daß seine Ansprache beim Reichspräsidenten deutlich beweiße, in welchem Sinne er verfahren wolle, die ihm anvertraute Aufgabe zu lösen und sehr dankbar sei.

Obwohl Frankreich bisher von der Wirtschaftskrise weniger betroffen wurde als andere Länder, wüßte es doch keineswegs, sich von der übrigen Welt abzuschließen. Selbstverständlich müßte es seine eigenen Interessen wahren, bleibt aber dabei nicht dem

Schicksal der benachbarten Völkern gegenüber gleichgültig. Im Gegenteil sieht Frankreich, daß eine immer enger geknüpfte Solidarität die Nationen miteinander verbindet und daß nur eine christliche Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe Europa und die Welt in Stand setzen werden, eine besonders schwierige Zeitspanne ohne übermäßige Leiden zu überwinden.

Sowohl es in ihrer Macht steht, wird die Regierung der französischen Republik alles versuchen, um mit Deutschland zu bestmöglichen Beziehungen und einer wirksamen Zusammenarbeit zu gelangen.

Ach werde mich dieser Aufgabe, soweit es in meinen Kräften steht, mit um größerer Freude widmen, als Deutschland für mich kein unbekanntes Land ist.

## Hoovers Einladung an Labal.

Paris zum Besuch in Washington.

Paris, 23. September.

Der Ernst der durch die englische Krise geschaffenen Lage wird in der französischen Presse eingehend erörtert. Es fehlt nicht an Stimmen, die vor allzu großem Vertrauen zur französischen Währung warnen.

Der Gedanke bricht sich Bahn, daß die Verflechtung der wirtschaftlichen und finanziellen Interessen sofort eine großzügige internationale Zusammenarbeit verlangt. In diesem Zusammenhang wird die Berliner Reise des Ministerpräsidenten Cavael und des Außenministers Briand, vor allem